S-01 Sozialpolitik

AntragsstellerIn: Wilfried Weisbrod

UnterstützerInnen: Kerstin Schulze (KV Ludwigshafen), Charlotte Schneidewind-Hartnagel (KV Odenwald-Kraichgau), Oliver Bittern (KV Rhein-Pfalz), Gabriele Thirion-Brenneisen (KV Mannheim), Vanessa Cann (KV Mannheim), Fiona Hackenbracht (KV Mannheim), Dunya Ballout (KV Ludwigshafen), Hans-Uwe Daumann (KV Ludwigshafen), Melis Sekmen (KV Mannheim), Matthias Weber (KV Mannheim), Armin Grau (KV Rhein-Pfalz), Henriette Katzenstein (KV Heidelberg), Nuran Tayanc (KV Mannheim), Ibrahim Yetkin (KV Ludwigshafen), Daniel Kanzleiter (KV Heidelberg), Toni Krüger (KV Rhein-Pfalz)

1 Einführung eines Sozialtickets

2 Die Metropolkonferenz von Bündnis 90 / Die Grünen möge beschließen: Die
3 MandatsträgerInnen in den Kommunalparlamenten der Mitgliedskörperschaften des
4 VRN werden beauftragt, über die VertreterInnen der Mitgliedskörperschaften im VRN
5 einen Antrag mit dem Ziel einzubringen, ein Sozialticket einzuführen, das von Hartz IV-
6 und SozialhilfeempfängerInnen erworben werden kann. Das Sozialticket soll in
7 verschiedenen Varianten (z.B. als Einzelticket, Mehrfachticket oder Monatsticket) und
8 ohne Abo-Bindung verfügbar sein, sich äußerlich nicht von anderen Fahrscheinen
9 unterscheiden und für den gesamten Verbandsbereich des VRN gelten. Der monatliche
10 Preis für das Sozialticket soll 20 Euro betragen.

11 Begründung

12 Teilhabe als grundlegendes Ziel grüner Politik bedeutet auch Teilhabe an Mobilität. Das
13 Sozialticket soll einen Beitrag leisten, es Menschen aus sozial benachteiligten Schichten
14 zu ermöglichen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

S-02 Sozialpolitik

AntragsstellerIn: Gabriele Thirion-Brenneisen

UnterstützerInnen: Kerstin Schulze (KV Ludwigshafen), Charlotte Schneidewind-Hartnagel (KV Odenwald-Kraichgau), Oliver Bittern (KV Rhein-Pfalz), Vanessa Cann (KV Mannheim), Fiona Hackenbracht (KV Mannheim), Dunya Ballout (KV Ludwigshafen), Hans-Uwe Daumann (KV Ludwigshafen), Wilfried Weisbrod (KV Odenwald-Kraichgau), Melis Sekmen (KV Mannheim), Matthias Weber (KV Mannheim), Armin Grau (KV Rhein-Pfalz), Henriette Katzenstein (KV Heidelberg), Nuran Tayanc (KV Mannheim), Ibrahim Yetkin (KV Ludwigshafen), Daniel Kanzleiter (KV Heidelberg), Toni Krüger (KV Rhein-Pfalz)

1 **Erstellung eines Armuts- und Reichtumsbericht für die Metropolregion**

2 Die Metropolkonferenz von Bündnis 90 / Die Grünen möge beschließen: Alle
3 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in kommunalen Gremien sowie der
4 Verbandsversammlung werden aufgefordert, an einem von der Versammlung der
5 Kreisverbände der Metropolregion noch zu bestimmenden Stichtag einen Antrag zur
6 Erstellung eines regionalen Armuts- und Reichtumsberichts zu stellen.

7 Der zu fordernde Bericht soll:

- 8 - darlegen, welche Definition von Armut und Armutsgefährdung zugrunde liegt
9 sowie welche Methoden zu deren Quantifizierung angewandt werden
- 10 - systematisch sozialpolitisch relevante Daten erfassen und hierdurch zugleich der
11 Öffentlichkeit verfügbar machen
- 12 - die Lebenserfahrung der Menschen miteinbeziehen, d. h. Phänomene und
13 Entwicklungen über Stadtgrenzen hinaus erfassen und Wanderungsbewegungen
14 jeglicher Art aufzeigen
- 15 - regionale Handlungsempfehlungen aufstellen
- 16 - positive Beispiele bereits ergriffener Maßnahmen herausstreichen
- 17 - besondere soziale Brennpunkte herausarbeiten

18 - die Vergleichbarkeit bereits bestehender Maßnahmen erleichtern

19 - eine Gender-Bewertung enthalten

20

21 **Begründung:**

22 Eine kommunale und regionale Armuts- und Reichtumsberichterstattung ist der
23 Schlüssel zu einer effektiven Sozialpolitik, die Probleme stadtübergreifend und somit der
24 Lebenserfahrung vieler Menschen in der Metropolregion entsprechend erfasst und
25 beseitigt.

26 Durch Erstellen von belastbarem Datenmaterial zur bestehenden Sozialstruktur und ihrer
27 sozialräumlichen Ausprägung sowie einer fundierten Problemanalyse wird die
28 Grundlage für eine soziale Stadtentwicklung auf eine solidere Basis gestellt. Es können
29 Handlungsempfehlungen mit zielgruppenspezifischer Ausrichtung zur
30 Armutsbekämpfung und -bewältigung entworfen und umgesetzt werden.

31 Darüber hinaus fördert ein regionaler Armuts- und Reichtumsbericht die politische
32 Debatte, stellt Transparenz über die Grundlage politischer Entscheidungen her und
33 leistet einen Beitrag zur Sensibilisierung für sozialpolitische Probleme und
34 Fragestellungen.

35 Zugleich wird die Vergleichbarkeit bereits bestehender Maßnahmen erleichtert und die
36 Kommunen bei der sozialpolitischen Planung unterstützt. Durch das Herausstreichen
37 positiver Beispiele können zudem weitere Handlungsempfehlungen gegeben werden.

38 Teilhabe ist eines der grundlegenden Ziele grüner Politik. Ein regionaler Armuts- und
39 Reichtumsbericht schafft die Basis, dieses Ziel auf allen Ebenen und in allen
40 Dimensionen zu erfassen und politisch zu konkretisieren.

41 Das koordinierte Einbringen von Anträgen auf Erstellung eines regionalen Armuts- und
42 Reichtumsbericht übt Druck auf die Metropolregion und die Kommunen aus, regional
43 besser zusammenzuarbeiten und stadtübergreifende Probleme gemeinsam anzugehen.
44 Zugleich stellt das eine Möglichkeit dar, das soziale Profil der Partei in der
45 Metropolregion zu schärfen und Ziele einer eigenständigen grünen Sozialpolitik zu
46 definieren.

S-03 Sozialpolitik

AntragsstellerIn: Toni Krüger

UnterstützerInnen: Kerstin Schulze (KV Ludwigshafen), Charlotte Schneidewind-Hartnagel (KV Odenwald-Kraichgau), Oliver Bittern (KV Rhein-Pfalz), Gabriele Thirion-Brenneisen (KV Mannheim), Vanessa Cann (KV Mannheim), Fiona Hackenbracht (KV Mannheim), Dunya Ballout (KV Ludwigshafen), Hans-Uwe Daumann (KV Ludwigshafen), Wilfried Weisbrod (KV Odenwald-Kraichgau), Melis Sekmen (KV Mannheim), Matthias Weber (KV Mannheim), Armin Grau (KV Rhein-Pfalz), Henriette Katzenstein (KV Heidelberg), Nuran Tayanc (KV Mannheim), Ibrahim Yetkin (KV Ludwigshafen), Daniel Kanzleiter (KV Heidelberg)

1 Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch 2 länderübergreifende Kinderbetreuung

3 Die Metropolkonferenz von Bündnis 90 / Die Grünen möge beschließen:

4 Um eine länderübergreifende Kinderbetreuung in der Metropolregion Rhein Neckar
5 sicherzustellen, setzen sich die Grünen MandatsträgerInnen der Metropolregion ein für:

6 - eine Erhebung des Bedarfs an länderübergreifender Kinderbetreuung in den
7 einzelnen Kommunen der Metropolregion. (Ermittlung des Umfangs und der
8 Ströme)

9 - die Einbeziehung der länderübergreifenden Kinderbetreuung in einen
10 Staatsvertrag, mit folgender Regelung:

11 o Deckung des Bedarfs an länderübergreifender Betreuung auf Basis des
12 Rechtsanspruchs

13 o Kostenübernahme durch das „Herkunftsland“ nach dem Prinzip, „das
14 Geld folgt dem Kind“ und den Regelungen des „Herkunftslandes“. Dabei
15 sollen folgende Kriterien einfließen:

16 ▪ Investitionskosten

17 ▪ Laufende Kosten

18 ▪ Kosten der ErzieherInnenausbildung

19

20 Begründung:

21 Für Eltern die in einem benachbarten Bundesland arbeiten und einen langen
22 Anfahrtsweg haben, ist es aufgrund der Differenz zwischen Arbeitszeit und Ende der
23 Betreuungszeit häufig schwierig die Betreuung ihrer Kinder zu regeln. Zur besseren
24 Vereinbarkeit von Familie und Beruf, benötigen sie deshalb einen möglichst
25 arbeitsplatznahen Betreuungsplatz für ihre Kinder.

26 Gerade jetzt, wo die Kommunen bemüht sind, den Rechtsanspruch für Einjährige der
27 2013 greift, umzusetzen, ist die Chance auf einen länderübergreifenden
28 Betreuungsplatz verschwindend gering.

29 Deshalb ist es wichtig, dass in bei den Planungen der Rechtsanspruchsplätze in den
30 Kommunen der Metropolregion der Aspekt der länderübergreifenden Kinderbetreuung
31 verpflichtend einfließt.

S-02-01 Sozialpolitik

AntragsstellerIn: Armin Grau

UnterstützerInnen: Toni Krüger (KV Rhein-Pfalz), Anne Spiegel (KV Speyer)

1 **Änderungsantrag zu S-02**

2 Die Metropolkonferenz von Bündnis 90 / Die Grünen möge beschließen:

3 **Einfügen in Z. 11 zwischen „relevante Daten“ und „erfassen“:**

4 in Anlehnung an den Armutsbericht der Bundesregierung

5 **Ersetzen in Z. 13 von „Lebenserfahrung“ durch:**

6 Lebenswirklichkeit

7 **Ersetzen in Z. 13 von „mit einbeziehen, d. h.“ durch:**

8 widerspiegeln, und

9 **Ersetzen in Z. 24 von „beseitigt“ durch:**

10 zur Lösung der Probleme beiträgt.

11 **Ersetzen von Z. 26 „Durch Erstellen...“ bis Z. 28 „... auf eine solide Basis gestellt.“**
12 **durch:**

13 Durch Erstellen von belastbarem Datenmaterial zur bestehenden Sozialstruktur in der
14 Metropolregion insgesamt und in ihren kommunalen Gliederungen wird eine fundierte
15 Problemanalyse ermöglicht, die als Grundlage für eine zukunftsweisende Sozialpolitik
16 dienen kann.

17

18

19 **Ersetzen von Z. 39 bis Z. 41 durch:**

20 Teilhabe und soziale Gerechtigkeit sind grundlegende Ziele grüner Politik. Ein regionaler
21 Armuts- und Reichtumsbericht schafft die Basis dafür, die Zielrichtung ein der Region
22 erfassen zu können.

23

24 **Begründung:**

25 Konkretisierung.